

Bericht

**des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
(24. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Roger Beckamp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11623 –**

Kommunale Selbstverwaltung stärken – Fremdbestimmung durch Migrations- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung verhindern und Förderstruktur reformieren

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass die Kommunen Deutschlands durch immer neue Aufgaben, die ihnen auferlegt würden, überfordert seien. Da die finanziellen Mittel der Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht ausreichten, gerieten sie zunehmend in ein strukturelles Finanzierungsdefizit, welches für das Jahr 2023 bei 6,8 Milliarden Euro liege. Zugleich habe der Investitionsrückstand der Kommunen im Jahr 2023 etwa 166 Milliarden Euro erreicht, von dem vor allem die öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Sportstätten und Verkehr betroffen sei. Den Kommunen blieben immer weniger Mittel, um sich freiwilligen Aufgaben widmen zu können. Die kommunalrelevanten Förderprogramme des Bundes bewirkten indes nicht eine Entlastung der Kommunen, sondern würden im Gegenteil dort zu zusätzlichem und beträchtlichem Mehraufwand führen. Das strukturelle Finanzierungsdefizit der Kommunen gefährde die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 GG, da die Kommunen ohne eigene, frei verfügbare Finanzmittel über keinen finanzwirtschaftlichen Handlungsspielraum verfügten, der sie zu eigenverantwortlichen Entscheidungen befähige.

B. Lösung

Die Bundesregierung solle die kommunalrelevanten Förderprogramme des Bundes in einem Sinne überprüfen und reformieren, wonach die Beantragung, Durchführung und Abrechnung der Programme vereinfacht, die Anzahl der Programme reduziert und die Investitionen auf die Errichtung und die Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden und der Verkehrsinfrastruktur konzentriert würden. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, die durch den Bund zugewiesenen

kommunalen Pflichtaufgaben auf ein dauerhaft finanzierbares Niveau zu verringern, indem die gegenwärtige Migrationspolitik des Bundes und die damit einhergehenden Konsequenzen für die Kommunen gestoppt und umgekehrt sowie die gegenwärtige Klimaschutzpolitik des Bundes und die damit einhergehenden Konsequenzen für die Kommunen beendet würden. Darüber hinaus soll in Zusammenarbeit mit den Ländern und unter Berücksichtigung der Kommunen die sichere und dauerhafte Finanzierung der Pflichtaufgaben zukünftig sichergestellt und Möglichkeiten geprüft werden, um eine Ausstattung der Kommunen mit einem aufgabengerechten Anteil an den Gemeinschaftssteuern zu erwirken.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Carolin Bachmann, Bernhard Daldrup, Emmi Zeulner, Kassem Taher Saleh und Rainer Semet

I. Verlangen eines Berichts

Die Fraktion der AfD hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen über den Stand der Beratungen des Antrags auf Drucksache 20/11623 beantragt. Die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liegen vor.

II. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11623** wurde in der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2024 erstmals beraten und federführend dem Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Rechtsausschuss, dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 81. Sitzung am 26. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe BSW empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 110. Sitzung am 26. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 95. Sitzung am 26. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 83. Sitzung am 26. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 79. Sitzung am 26. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 114. Sitzung am 26. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/11623 von der Tagesordnung der 73. Sitzung am 26. Juni 2024 und von der Tagesordnung der 75. Sitzung am 3. Juli 2024 abgesetzt. Der Ausschuss hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 18. Dezember 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke von der Tagesordnung abgesetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Fraktion der AfD hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen über den Stand der Beratungen des Antrags auf Drucksache 20/11623 beantragt.

Berlin, den 18. Dezember 2024

Carolin Bachmann
Berichterstatlerin

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Emmi Zeulner
Berichterstatlerin

Kassem Taher Saleh
Berichterstatlerin

Rainer Semet
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.